Ein neuer Schritt in der Radikalisierung der extremen Rechten in den Niederlanden

von Alex de Jong, 4. Oktober 2025,

Prognosen sind immer riskant, aber möglicherweise werden wir auf die Ausschreitungen in Den Haag am 20. September 2024 [nach Protesten gegen Pläne für ein neues Asylbewerberheim im Stadtteil Schilderswijk] nur als den Anfang zurückblicken. Hier und da scheint nun sogar den linken Parteien im Parlament klar zu werden, dass die extreme Rechte nicht durch einen zivilisierten Meinungsaustausch zur Vernunft gebracht werden kann. Eine angemessene Reaktion ist jedoch noch in weiter Ferne.

Am 20. September trug der Nazi-Mob Prinzenflaggen [Die Prinzenflagge (Prinsenvlag) ist eine orange-weiß-blaue Flagge, die historisch mit der Niederländischen Republik in Verbindung steht, heute jedoch von rechtsextremen Gruppen als nationalistisches Symbol mit dem Logo der VOC (Niederländische Ostindien-Kompanie) verwendet wird, das von rechtsextremen Gruppen als Symbol zur Verherrlichung der niederländischen Kolonialgeschichte übernommen wurde

Natürlich kamen die Unruhen nicht aus heiterem Himmel. Es wurde bereits viel darüber gesagt, wie eine Flut von Propaganda von Parteien wie FvD, [1] PVV [2] und BBB [3] den Drang der extremen Rechten zur Gewalt schürt. In den Niederlanden ist die extreme Rechte mittlerweile zum Mainstream geworden. Rassismus kann nicht ignoriert werden; die niederländischen rechtsextremen Kräfte haben ihre eigenen Instrumente, um ihre Weltanschauung zu verbreiten. Die PVV ist die größte Partei des Landes, und ihre Themen werden von den vermeintlich Mitte-Rechts-Kräften, sei es die VVD [4] oder *De Telegraaf*, eifrig aufgegriffen. [5]

Rechtsextreme Gewalt ist in den Niederlanden nichts Neues. Die ersten Ausschreitungen gegen „Gastarbeiter" fanden bereits in den frühen 1970er Jahren statt. In jüngerer Zeit gab es beispielsweise Angriffe auf Antirassisten während Protesten gegen Zwarte Piet [(„Schwarzer Peter") ist eine

schwarzgeschminkte Figur aus der niederländischen Weihnachtstradition, gegen die seit 2011 anhaltende antirassistische Proteste stattfinden]. Die extreme Rechte war auch während der Coronavirus-Pandemie sehr aktiv an den Ausschreitungen beteiligt.

Neu war, dass am 20. September gewalttätige rechtsextreme Aktivisten – also Faschisten – nicht nur reagierten, sondern den Zeitpunkt selbst wählten und unter ihrer eigenen Fahne handelten. Dies zeugt von einem gestiegenen Selbstbewusstsein dieser Gruppierungen. Die White-Power-Flaggen und der Nazi-Gruß sind nicht mehr auf interne Parteiveranstaltungen beschränkt. Wenn die extreme Rechte (schwarze) Antirassisten angreift, ist das kaum noch eine Neuigkeit. Als sie sich am 20. September auch gegen die Polizei und Politiker wandte, war das für manche dennoch eine Überraschung.

Die Weigerung der linken Parteien, die sogenannte Erklärung gegen rechtsextreme Gewalt zu unterzeichnen, war die richtige Entscheidung. Der einzige Effekt einer solchen Erklärung, die aus dem Drang der CU [6] entsteht, sich als moralisch überlegen zu profilieren, ist, dass die rechtsextremen Parteien, die sie unterzeichnen, ein Alibi erhalten. Unterdessen verbreiten sie unvermindert ihre Bürgerkriegsrhetorik und entmenschlichen ganze Bevölkerungsgruppen.

Was jedoch nicht hilft, ist, dass die SP [7] als einzige linke Partei einen Antrag derselben rechtsextremen Partei unterstützt hat. Der Antrag auf „das Recht jedes niederländischen Bürgers, sich gewaltfrei gegen die Einrichtung eines AZC (Asielzoekerscentrum – Asylbewerberzentrum) zu wehren" ist sinnlos; dieses Recht besteht bereits und ist sicherlich nicht in Gefahr, verboten zu werden. Das Kabinett würde lieber linke Organisationen verbieten. Der Geist dieses Antrags besteht natürlich darin, rassistische Proteste zu fördern. Darüber hinaus ist es eine Möglichkeit für die parlamentarischen rechtsextremen Kräfte, nach der Unterzeichnung der CU-Erklärung zu zeigen, dass sie keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mit den Randalierern haben, sondern lediglich taktische Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung von Gewalt.

Der Antrag von Van der Plas [8], durch Notstandsgesetze einen Asylstopp einzuführen, zeigt, dass sie möchte, dass die BBB als die Partei angesehen wird, die Faschisten aufnimmt. Die Empörung über diesen Antrag war weit verbreitet, aber auch ziemlich heuchlerisch. Van der Plas' Argument, dass die Gewalt

tatsächlich durch die Anwesenheit von Flüchtlingen verursacht wird, ist schließlich nichts Neues. Und auch linke Parteien gehen davon aus, dass Rassismus eine „natürliche" und unvermeidliche Reaktion auf die Ankunft von Migranten ist und dass diese Reaktion durch eine Begrenzung der Migration eingedämmt werden sollte. Manchmal wird diese Argumentation damit beschönigt, dass die „Unterstützungsbasis in der Gesellschaft" nicht überlastet werden dürfe, aber die Argumentation ist dieselbe.

Ganz abgesehen von der Frage, warum Migranten für den Rassismus, mit dem sie konfrontiert sind, bezahlen müssen, ist es hoffnungslos naiv zu glauben, dass die extreme Rechte auf diese Weise „in ihre Schranken gewiesen" werden könnte. Ob nun 100.000, 1.000 oder 10 Migranten ins Land kommen, für die extreme Rechte sind es immer zu viele. Mit der Unterstützung der linken Kräfte im Parlament wurden die Bestimmungen für Asylsuchende so stark eingeschränkt, dass jeder Anstieg, sei er noch so gering oder vorübergehend, mit Hilfe der reißerischen Schlagzeilen von De Telegraaf als „Krise" und „Flut" deklariert werden kann.

Eine ähnliche Naivität zeigte sich in vielen Kommentaren, die die ehemalige Ministerin Marjolein Faber [9] aus dem liberal-linken Lager erhielt. „Die Ministerin hat nichts erreicht", lautete oft der Tenor. War Fabers größtes Problem also, dass sie nicht effektiv genug daran gearbeitet hat, Flüchtlingen eine sichere Zuflucht und eine respektvolle Behandlung zu verwehren? Was Faber tatsächlich tat, war, eine permanente Krisenstimmung zu schaffen und immer wieder zu betonen, dass Flüchtlinge das Unglück der Niederlande seien. Die „Massenmigration", gegen die die extreme Rechte wettert, ist ein Phantom, und das Letzte, was die extreme Rechte will, ist, den Einfluss solcher Illusionen zu brechen.

Der Aufstieg und die weitere Radikalisierung der extremen Rechten ist natürlich kein Phänomen, das nur in den Niederlanden auftritt, sondern ein weltweites Muster. Rückblickend war die erste Wahl von Donald Trump ein entscheidender Moment. Trumps Erfolg kam auch für viele seiner Anhänger überraschend. Und für die extreme Rechte barg dieser Erfolg mehrere Lehren. Die erste Lehre war, dass es für den Wahlerfolg nicht notwendig ist, die eigene Propaganda stark zu mäßigen. Die Zahl der rechten Wähler, die aufgrund von offenem Rassismus und Sexismus ihre Unterstützung zurückziehen, ist sehr begrenzt und wird durch die Energie der überzeugten Anhänger kompensiert. Zweite Lehre: Nachdem Trump an der Macht war, beschränkten sich die Liberalen darauf, viel Aufhebens um

seinen Tonfall und seine groben Manieren zu machen, aber praktisch gesehen warteten sie hauptsächlich in der Hoffnung, dass nach den Wahlen alles wieder „normal" werden würde. Inmitten einer historischen Katastrophe wie der Pandemie reichte dies den Demokraten, aber vier Jahre später ging Harris schmählich unter.

Vor etwa zwanzig Jahren bestand einer der Unterschiede zwischen den Niederlanden und Ländern wie Frankreich mit dem Front National [10], Belgien mit dem Vlaams Blok [11] oder Österreich mit der FPÖ [12] darin, dass die rechtesten Parteien hier keine Verbindungen zum historischen Faschismus hatten. Gruppen in den 1980er und 1990er Jahren, deren Mitglieder solche Verbindungen hatten, wie CP86 [13] und Hans Janmaats CD [14], blieben unter anderem aus diesem Grund marginal. Geert Wilders und vor ihm Pim Fortuyn [15] waren genau solche bürgerlich-rechten Politiker, die sich nach rechts radikalisierten. Zu Beginn seiner Karriere distanzierte sich Wilders noch vom Front National. Heute ist er einer der größten Verbündeten der in Rassemblement National umbenannten Partei.

Die Geschichte solcher Parteien ist ein widersprüchlicher Prozess der Radikalisierung und Anpassung an bürgerlich-rechte Kräfte. In einem wichtigen Punkt passten sich solche Parteien den vorherrschenden Bedingungen an. Das klassische faschistische Ideal des Einparteienstaates wurde aufgegeben. Stattdessen entschied man sich für die Form, aber nicht für den Inhalt der parlamentarischen Demokratie. Ein wesentliches Merkmal der Demokratie ist, dass die Gruppe, die heute noch in der Minderheit ist, durch Organisation und Überzeugungsarbeit danach streben kann, morgen die Mehrheit zu sein. Die klassische linke Kritik an diesem Idealbild ist bekannt. Einige Gruppen verfügen über weitaus mehr Ressourcen als andere, und die außerparlamentarische Macht des Kapitals, sei es durch Kurzmitteilungen an den Ministerpräsidenten oder durch Drohungen mit Kapitalflucht, schert sich wenig um parlamentarische Mehrheiten.

Aber parlamentarische Beziehungen sind auch nicht völlig bedeutungslos. Und genau das wollen die heutigen rechtsextremen Kräfte ändern. Ihr Ziel ist ein Staat in Form einer parlamentarischen Demokratie, in dem Wahlen keinen Unterschied mehr machen. Anstatt alle Oppositionsparteien zu verbieten, wollen sie ihnen die Arbeit unmöglich machen. Anstatt die Meinungsfreiheit per Gesetz abzuschaffen, wird in Zusammenarbeit mit finanzstarken Medienunternehmen

Einstimmigkeit erzwungen. Um zu sehen, wie diese Strategie aussieht, braucht man nur in die Türkei oder nach Ungarn zu schauen. Und bald auch in die Vereinigten Staaten? Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass die Niederlande davon verschont bleiben würden.

Rechtsextreme Parteien sind, kurz gesagt, keine normalen Parteien mit einer zusätzlichen Portion Rassismus. Sie wollen die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Politik möglich ist, grundlegend verändern.

Es wird nicht beim 20. September bleiben, so viel ist klar. In Doetinchem gab es Proteste gegen ein Asylbewerberheim, bei denen sogar der Hitlergruß gezeigt wurde; in Den Bosch versammelten sich Dutzende Rechtsextreme, um ein weiteres Asylbewerberheim zu stürmen. Eine solche Bewegung lässt sich nicht überzeugen, und eine Strategie des Nachgebens ermutigt solche Bewegungen nur. Eine solche Bewegung kann nur dann unschädlich gemacht werden, wenn sie die Hoffnung verliert, dass ihr Ziel erreichbar ist.

30. September 2025

Fußnoten

[1] Forum für Demokratie (Forum voor Democratie), eine nationalistische rechtsextreme Partei, die 2016 von Thierry Baudet gegründet wurde

[2] Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid), die 2006 gegründete anti-islamische Partei von Geert Wilders, die bei den Wahlen 2023 zur stärksten Partei wurde

[3] Bauern-Bürger-Bewegung (BoerBurgerBeweging), eine agrarpopulistische Partei, die 2019 gegründet wurde

[4] Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie), die wichtigste konservativ-liberale Partei

[5] *De Telegraaf* ist die größte Boulevardzeitung der Niederlande, bekannt für ihre rechtspopulistische redaktionelle Ausrichtung

[6] ChristenUnie (Christliche Union), eine christdemokratische Partei

[7] Sozialistische Partei (Socialistische Partij), eine linke Partei, die ihren Ursprung in der maoistischen Politik hat, sich aber in Richtung Sozialdemokratie bewegt hat

[8] Caroline van der Plas, Vorsitzende der BBB-Partei

[9] Marjolein Faber von der PVV war von Juli bis September 2024 Ministerin für Asyl und Migration und trat nach ihrer umstrittenen Politik zurück

[10] Front National, jetzt umbenannt in Rassemblement National (Nationaler Zusammenschluss), ist Frankreichs wichtigste rechtsextreme Partei, gegründet von Jean-Marie Le Pen

[11] Vlaams Blok (Flämischer Block), eine flämisch-nationalistische und rechtsextreme Partei in Belgien, die 2004 verboten wurde und deren Nachfolger die Vlaams Belang ist

[12] Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine nationalistische rechtsextreme Partei mit historischen Verbindungen zu ehemaligen Nazis.

[13] Die Centrum-Partei ’86 (Centrumpartij ’86) war eine in den 1980er Jahren aktive rechtsextreme Partei mit expliziten Verbindungen zu Neonazis.

[14] Centrumdemocraten (Zentrumsdemokraten), gegründet von Hans Janmaat als Abspaltung der Centrum Party

[15] Pim Fortuyn, charismatischer rechtspopulistischer Politiker, der 2002, neun Tage vor den Parlamentswahlen, ermordet wurde

*Übersetzt für **ESSF** von Adam Novak aus **Greenzeloos**.*

Der Artikel erschien in englischer Sprache auf International Viewpoint und wurde von uns maschinell ins Deutsche übersetzt sowie auf grobe Fehler durchgesehen.